

DORTMUND

in der Nazizeit

- Nationalsozialistische Machtübernahme
- Terror, Verfolgung und Widerstand
- Kriegszerstörung und Wiederaufbau

DORTMUND in der Nazizeit

- Nationalsozialistische Machtübernahme
- Terror, Verfolgung und Widerstand
- Kriegszerstörung und Wiederaufbau

Stadt Dortmund/Dortmund-Agentur in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Dortmund
Text: Gerd Ruebenstrunk



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die große demokratische Tradition Dortmunds und der weltoffene Charakter seiner Bewohner machten es der NSDAP in unserer Stadt schwerer als in anderen Städten, in freien Wahlen eine Mehrheit zu erringen. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus begann hier schon viele Jahre vor der Machtergreifung Hitlers. Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Anhänger der katholischen Zentrumspartei, Gewerkschafter, Konservative und Christen – sie alle versuchten, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln, den Aufstieg der antidemokratischen, gewaltbereiten und fremdenfeindlichen NSDAP zu verhindern.

Auch nachdem die Macht fest in den Händen der NSDAP lag, riss der Widerstand nicht ab. Zahlreiche Frauen und Männer aus Dortmund – viele von ihnen sind in der ständigen Ausstellung „Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945“ in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache namentlich aufgeführt – haben sich zur Wehr gesetzt und ihr Engagement für Freiheit und Demokratie oft genug mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Es waren in Partei und Gewerkschaften organisierte Arbeiter und Angestellte, darunter auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung, ebenso wie Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Polizisten oder Lehrer. Stellvertretend für viele können in dieser Broschüre nur einige Schicksale wiedergegeben werden. Sie machen deutlich, wie vielfältige Formen der Widerstand annahm. Wir können stolz sein auf diese Dortmunderinnen und Dortmunder, die in der dunkelsten Epoche unserer Geschichte ein Zeichen für die Freiheit gesetzt haben.

Viele der Überlebenden sind nach dem Zweiten Weltkrieg in unsere Stadt zurückgekehrt, um aus einem Trümmerfeld so schnell wie möglich wieder ein demokratisches, tolerantes Dortmund aufzubauen. Das ist ihnen gelungen. Heute sind es gerade die kulturelle Vielfalt unserer Stadt und das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalität und unterschiedlicher Weltanschauung, die den Charakter Dortmunds ausmachen. Das gilt es zu bewahren und zu verteidigen.

Vor und nach 1933 waren die politischen Gegner des Nationalsozialismus tief gespalten. Das führte zu einer Schwächung des Widerstands gegen die Diktatur. Damit sich dies nicht wiederholt, hat der Rat der Stadt Dortmund den Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie beschlossen. Das entsprechende Koordinierungsbüro arbeitet unabhängig und überparteilich mit allen zusammen, die aus Überzeugung für ein demokratisches und tolerantes Dortmund eintreten. So wollen wir antidemokratischen Tendenzen frühzeitig, gezielt und auf breiter Grundlage entgegenwirken.

Ihre

Dr. Gerhard Langemeyer
Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

Hartmut Anders-Hoepgen
Superintendent a. D.
Sonderbeauftragter des Oberbürgermeisters
für Vielfalt, Toleranz und Demokratie

„Wenn die Köpfe rollen werden,
dann ist Ihrer einer der ersten ...“

Vom ersten NSDAP-Ratsmitglied bis zur Machtergreifung

Dortmund im Frühjahr 1920. Durch die Straßen ziehen bewaffnete Arbeiterbataillone der Roten Ruhr-Armee. Sie leisten Widerstand gegen paramilitärische Freikorps, die gegen die demokratisch gewählte Reichsregierung geputscht haben. Nach der Niederschlagung der Putschisten legen die Arbeiter die Waffen allerdings nicht ab. Sie verlangen mehr Demokratie, eine bessere Sozialgesetzgebung und eine Säuberung der Reichswehr von reaktionären Kräften.

In diesen Tagen gründet der Oberpostrat Wilhelm Ohnesorge in Dortmund die erste Ortsgruppe der NSDAP außerhalb Bayerns. Die Partei ist gerade zwei Monate zuvor von Adolf Hitler in München ins Leben gerufen worden. Die 23 Mitglieder sind vorwiegend Postbedienstete. Politisch sind sie im von der sozialistischen Arbeiterbewegung dominierten Dortmund eher unbedeutend.

Die Rote Ruhr-Armee wird wenige Wochen später von reaktionären Freikorpsgruppen und der Reichswehr brutal zerschlagen. In den folgenden Jahren erlebt Dortmund eine Zeit der schweren wirtschaftlichen Krisen, aber auch der kulturellen Blüte.

Dafür stehen zum Beispiel die neu gebaute Westfalenhalle, das Westfalenhaus mit dem Emelka-Filmpalast mit fast 2.000 Sitzplätzen sowie zahlreiche Einrichtungen für Sport und Freizeit wie das Stadion Rote Erde. Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Kommunisten, Linksliberale und demokratisch gesinnte Konservative dominieren das politische Leben – da ist für die Nazis nicht viel zu holen.

In Dortmund gibt es auch ein vielfältiges jüdisches Leben. Die schöne und große Synagoge mitten im Herzen der Stadt mit ihren 1.200 Sitzplätzen ist ein Zeichen dafür. Bei ihrer Einweihung im Jahr 1900 bezeichnet sie der damalige Oberbürgermeister als „Zierde der Stadt für ewige Zeiten“. Sie ist nicht nur Mittelpunkt jüdischen Lebens: Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen finden hier statt, an denen die Dortmunder Öffentlichkeit regen Anteil nimmt.

Als Kaufleute und Ärzte, Rechtsanwälte, Handwerker und Künstler sind die jüdischen Mitbürger fest ins Leben der Stadt integriert. Offen antisemitische Propaganda der NSDAP ist selten. Mit solchen Parolen lassen sich in Dortmund keine Stimmen gewinnen.



Die Synagoge in der Innenstadt

Magere Wahlergebnisse

Das zeigt sich auch bei den Wahlergebnissen. Während sich gegen Ende der 1920er Jahre die NSDAP im Reich und in vielen Städten auf dem Vormarsch befindet, fährt sie in Dortmund nur kümmerliche Ergebnisse ein. Der erste Nationalsozialist schafft es 1929 mit mageren 1,8 Prozent der Stimmen ins Stadtparlament.

Auf den Straßen zeigen die Nationalsozialisten mehr Präsenz. Die uniformierte SA marschiert immer häufiger durch die Arbeiterviertel der Nordstadt, um die politischen Gegner zu provozieren. Ihnen gegenüber stehen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold der Sozialdemokraten und die Antifa der Kommunisten. Immer wieder liefern sich insbesondere Kommunisten und Nationalsozialisten erbitterte Straßenschlachten.

Der sozialdemokratische Dortmunder Polizeipräsident Josef Lübbring setzt gegen NSDAP und SA alle polizeilichen Mittel ein. Am 6. Januar 1931 erhält er ein anonymes Schreiben: „Ihr Todesurteil ist bereits gefällt worden. Wenn die Köpfe rollen werden, dann ist Ihrer einer der ersten ...“

Lübbring lässt sich dadurch nicht beeindrucken: In den folgenden Monaten löst er mehrere Großveranstaltungen der NSDAP wegen Diffamierung der Polizei auf. Täglich wird er in der Westfälischen Landeszeitung Rote Erde, dem Kampfblatt der NSDAP, beschimpft. Lübbring seinerseits beklagt sich öffentlich über die Milde, mit der Nationalsozialisten vor Gericht behandelt werden. Für die Dortmunder Demokraten ist es daher ein harter Schlag, als er im November 1931 verstirbt. Sein Nachfolger wird Karl Zörgiebel, ebenfalls SPD-Mitglied.

Am 10. März 1932 kommt Hitler zu einer Wahlkampfrede in die Westfalenhalle. 18.000 Menschen jubeln dem späteren „Führer“ zu. Trotzdem muss er gespürt haben, dass die Mehrheit in Dortmund gegen ihn ist, denn bis 1945 besucht er Dortmund im Gegensatz zu vielen anderen Städten nur noch ein einziges Mal.

Der „Blutsonntag“

Die NSDAP rüstet sich für den Angriff auf die Demokratie. Anlass dafür sind die am 6. November 1932 stattfindenden Reichstagswahlen.

Aber auch SPD und KPD mobilisieren ihre Kräfte. Am 16. Oktober führt die SA im Dortmunder Norden, im Umfeld des damaligen Republikplatzes, unter Polizeischutz einen Propagandamarsch durch.

Es kommt zu einer Auseinandersetzung mit den Kommunisten, die in einer Schießerei mündet. Das Ergebnis sind zwei Tote und vierzehn schwerverletzte.

Bei den Reichstagswahlen 1932 erreicht die NSDAP auch in Dortmund zweistellige Werte, liegt allerdings deutlich unter dem Reichsdurchschnitt und den Ergebnissen in anderen Ruhrgebietsstädten. Und das trotz der wirtschaftlichen Situation: Zwischen Februar und Mai gibt es fast 78.000 Arbeitssuchende, deren Familien oft nicht genug zu essen haben. Hungerdemonstrationen finden statt und Oberbürgermeister Eichhoff erklärt: „Die Stadt ist am Ende ihrer Kraft.“

Die Schwanenwall-Affäre

Am Schwanenwall 4 richtet die NSDAP Ende 1931 ihre Geschäftsstelle und eine SA-Unterkunft ein. Von hier aus überfallen die uniformierten Schläger der SA immer wieder politisch Andersdenkende.

Am Abend des 19. April 1932 sind erneut mehrere Hundert Personen vor dem Gebäude versammelt. Ein Polizeibeamter wird niedergeschlagen. Daraufhin räumt ein Überfallkommando der Polizei den Schwanenwall und den benachbarten Ostwall unter Einsatz von Polizeiknüppeln und dringt auch in die NSDAP-Geschäftsstelle ein.

Die Nationalsozialisten erstatten gegen die Beamten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung im Amt. Das Verfahren findet unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Ernst Eckhardt statt, der über 80 Zeugen hört. Die Mehrheit von ihnen sind NSDAP-Mitglieder oder -Sympathisanten. Das Gericht schenkt den Zeugen vollen Glauben und verurteilt die Beamten zu Gefängnisstrafen zwischen vier und fünfzehn Monaten. Die Botschaft an die Polizei ist klar: Wirkungsvolles Einschreiten gegen die NS-Schläger ist in Zukunft fast unmöglich. Und die NSDAP weiß, was sie an Richter Eckhardt hat: „Wir haben uns damals über die mutige Haltung der deutschen Richter gefreut und drücken ihnen heute noch im Geist dankbar die Hand für ihr tapferes Verhalten.“



Wahlplakat der SPD aus dem Jahr 1932

„Für solche Beamte ist im national-sozialistischen Staat kein Platz mehr“

Von der Machtergreifung bis zum Kriegsbeginn

Am Mittag des 30. Januar 1933 meldet der Rundfunk die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Schon wenig später bilden sich in den von der KPD beherrschten Stadtvierteln erste Demonstrationen, die sich zu einer Kundgebung auf dem Hansaplatz treffen. Bis tief in die Nacht hinein ertönen in der Stadt immer wieder „Nieder!“-Rufe gegen Hitler. Auch am nächsten Tag gehen die Demonstrationen weiter.

Polizeipräsident Zörgiebel verbietet am 1. Februar alle Versammlungen der Kommunisten unter freiem Himmel. Erst jetzt trauen sich auch die Nationalsozialisten auf die Straße, um ihren Sieg zu feiern. Am Abend marschieren SA, Stahlhelm und andere „vaterländische“ Verbände auf dem Hansaplatz auf.

Hitler setzt in Berlin durch, dass der Reichstag aufgelöst wird – ebenso wie die Landes- und Kommunalparlamente. Die Neuwahlen werden für den 5. März angesetzt. Aber der Wahlkampf kann schon nicht mehr frei und gleichberechtigt genannt werden.

Am 12. Februar hält die KPD ihre letzte Großkundgebung in der Westfalenhalle ab. Einen Tag später wird Polizeipräsident Zörgiebel vom provisorischen preußischen Innenminister Hermann Göring beurlaubt. An seine Stelle rückt der SA-Führer Wilhelm Schepmann. Zu seiner Amtseinführung rücken drei Züge der SA vor dem Polizeipräsidium an. Nun beginnt man auch in Dortmund zu ahnen, wohin die Entwicklung führt. Die der katholischen Zentrumspartei nahestehende Tageszeitung Tremonia kommentiert: Früher sei ein Polizeipräsident kein militärischer Führer, sondern ein ziviler politischer Verwaltungsbeamter gewesen. „Heute hat sich die Form geändert.“

Umjubelt von SA erscheint der neue Präsident und tritt sein Amt ohne weitere Formalität an, nachdem er vor seinen nationalsozialistischen Freunden und dem gleichgesinnten Publikum eine öffentliche Rede gehalten hat.“



Arbeitslose warten vor dem Arbeitsamt

SA wird Hilfspolizei

Mit einer weiteren Verfügung Görings wird am 22. Februar die SA zur bewaffneten Hilfspolizei ernannt. In Dortmund ist es vor allem der SA-Sturm 1/98, der im Polizeigefängnis am Steinplatz, der sogenannten Steinwache, die Macht übernimmt. Hunderte von Menschen werden von der SA willkürlich hier eingeliefert.

Statt der vorgesehenen 180 Häftlinge sitzen im Frühjahr 1933 zeitweise bis zu 400 Gefangene ein. Schwere Gefangenemisshandlungen sind an der Tagesordnung. Sie machen die Steinwache zu einer der gefürchtetsten nationalsozialistischen Terrorerrichtungen. Schon bald ist sie als „Hölle Westdeutschlands“ bekannt.

Auch ansonsten lässt die SA jetzt alle Zurückhaltung fallen. In der Nacht zum 12. März bricht sie in die Wohnung von Otto Koch ein, der die Zentrumsfraktion im Stadtparlament führt. Er wird geschlagen und in eine nahe gelegene Gaststätte geschleppt, wo er von der SA verhöhnt wird. Man zwingt ihn, eine Erklärung zu unterschreiben, „in Zukunft den Führer der NSDAP und jetzigen Reichskanzler, Adolf Hitler, nicht [zu] verunglimpfen oder lächerlich“ zu machen.

Am 26. Februar findet die letzte große Kundgebung der SPD mit Zehntausenden von Teilnehmern in der Westfalenhalle statt. Die Veranstaltung wird von der Polizei vorzeitig beendet. Als die Tremonia am folgenden Tag darüber berichtet, wird die Ausgabe beschlagnahmt und eingezogen.



Marsch von SA-Kolonnen durch die Betenstraße

Einen Tag später steht der Berliner Reichstag in Flammen. Dies wird von den Nationalsozialisten als Vorwand für noch weiterreichende Verbote benutzt. Der SPD und der KPD werden Herstellung und Vertrieb von Flugblättern, Zeitungen und Broschüren verboten – und das mitten im Wahlkampf. Auch das konservative Zentrum wird massiv behindert. Die Tremonia wird erneut beschlagnahmt und kurz vor der Wahl wird dem Zentrum die Verteilung von Flugblättern untersagt. Ungehindert können nur noch die NSDAP und die mit ihr zusammenarbeitenden rechten Parteien auftreten. Die Folge: Bei den Reichstagswahlen erringt die NSDAP in Dortmund mit 27 Prozent den ersten Platz. Das sind jedoch immer noch fast 20 Prozent weniger als im Reichsdurchschnitt. Berücksichtigt man, dass die Wahlen nicht mehr wirklich frei waren, so stellt das Ergebnis eher eine Niederlage als einen Triumph dar.

Die NSDAP übernimmt die Stadt

In der Woche zwischen den Reichstags- und Kommunalwahlen demonstrieren die Nationalsozialisten ihr wachsendes Selbstbewusstsein. Am 7. März 1933 wird die Hakenkreuzfahne auf dem Polizeipräsidium gehisst, einen Tag danach vor 5.000 Menschen am Dortmunder Rathaus. Zudem ordnet Polizeipräsident Schepmann am 9. März die Umbenennung einer Reihe von Straßen an: Rathenauallee in Adolf-Hitler-Allee, Stresemannstraße in Göringstraße, Erzbergerstraße in Schlagetherstraße, Republikplatz in Horst-Wessel-Platz, Lassallestraße in Zierothstraße und Ernst-Mehlich-Straße in Adolf-Höh-Straße.

Die schwarz-rot-goldenen Fahnen der Republik verschwinden aus dem Stadtbild – meistens durch öffentliche Verbrennung. Trotzdem entscheidet sich bei den Kommunalwahlen am 12. März eine deutliche Mehrheit der Dortmunder gegen die NSDAP und ihre Helfer. Aber es nützt nichts mehr.

Am selben Tag ordnet der kommissarische preußische Innenminister Göring an, die kommunistischen Abgeordneten nicht zu den Stadtverordnetensitzungen einzuladen. Sozialdemokratische Stadtverordnete werden in Schutzhaft genommen. Damit verschieben sich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der NSDAP. Am 24. März 1933 setzt Göring den Nationalsozialisten und Direktor der Dortmunder Union-Brauerei, Bruno Schüler, als Staatskommissar für Dortmund ein. Er kann Anordnungen auch ohne die Zustimmung des Oberbürgermeisters oder des Magistrats treffen.

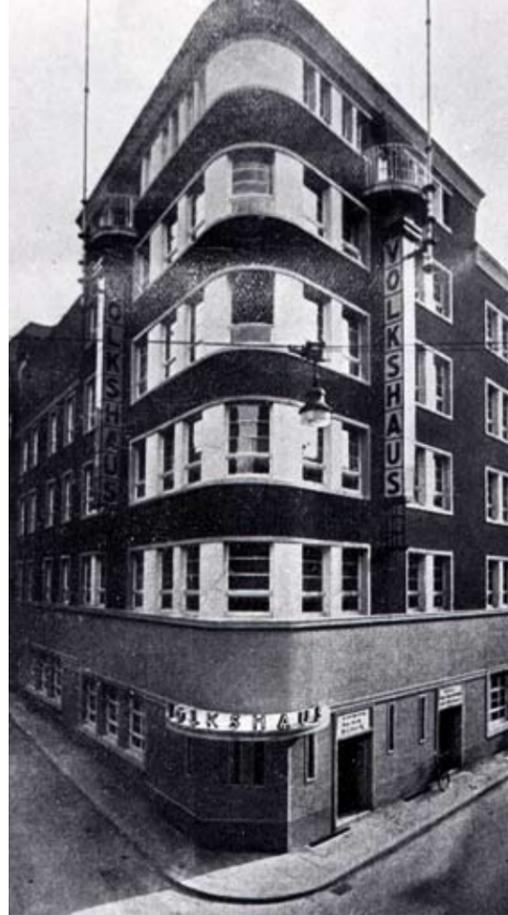
Gleichschaltung der Verwaltung

Schüler beginnt sofort mit dem Umbau von Rat und Verwaltung in eine autoritäre Struktur nach dem Führerprinzip. Alle städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden auf ihr Vorleben und ihre politische Zuverlässigkeit untersucht. Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und Zentrumsangehörige werden als politisch unzuverlässig zwangsbeurlaubt oder direkt entlassen. Mit jüdischen Bürgern, die in Rat und Verwaltung tätig sind, wird ebenso verfahren.

Die Gleichschaltung des Staatsapparates erfasst alle Institutionen. Die Polizei, in Dortmund überwiegend republikfreundlich, wird von „kritischen Elementen“ ebenso „gesäubert“ wie die Justiz. Lehrer werden – nicht immer freiwillig – im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) organisiert, der Lehrplan aller Schulen auf die neue Ideologie ausgerichtet.

An den Schulen werden nicht nur „staatsfeindliche“ Lehrer entlassen, sondern auch Hausmeister. Dasselbe passiert bei der Reichspost, der Reichsbahn, dem Finanz- und dem Oberbergamt. „Gleichschaltung auch bei der Straßenbahn“ meldet die Westfälische Post am 19. April und fährt fort: „In Verfolg der vor einigen Tagen begonnenen Gleichschaltung hat der Staatskommissar nunmehr auch den Aufsichtsrat der Dortmunder Straßenbahnen G.m.b.H. abberufen. Ein neuer kommissarischer Aufsichtsrat wird umgehend bestellt werden.“

Auch die freie Presse wird ausgeschaltet. Die KPD-Zeitung ist bereits am 20. Februar verboten worden. Am 26. Februar 1933 wird die sozialdemokratische Westfälische Allgemeine Volkszeitung mundtot gemacht. Wenige Wochen später erfolgt die Beschlagnahme des linksliberalen General-Anzeigers.



Volkshaus des ADGB

Die Tremonia wird zwar nicht verboten, aber die redaktionelle Verantwortung wird Verleger Lambert Lensing entzogen und dem nationalsozialistischen Polizeipräsidenten übertragen.

Am 2. Mai 1933 beginnt der Großangriff auf die Gewerkschaften. Sie werden gewaltsam zerschlagen; SA-Trupps besetzen die Gewerkschaftshäuser. Das Dortmunder Volkshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in der 1. Kampfstraße ist bereits am 18. April 1933 von SA-Einheiten besetzt und das Inventar beschlagnahmt worden. Ebenso verfährt man mit dem Gewerkschaftshaus in Dortmund-Hörde, das dem Metallarbeiterverband gehört. Das Gewerkschaftsvermögen wird eingezogen, viele Funktionäre werden verhaftet. Am 23. Juni 1933 wird der SPD die politische Betätigung verboten. Bereits einen Tag später finden sich führende Vertreter der Partei in der Steinwache wieder, in der bald die Gestapo das Kommando übernehmen soll.

Auch alle anderen Vereine und Verbände der Arbeiterbewegung werden aufgelöst. Turn- und Gesangsvereine gehören ebenso dazu wie die Naturfreunde oder der Arbeiter-Samariter-Bund. Vermögen und Gerätschaften werden von den Nationalsozialisten eingezogen – natürlich ohne Entschädigung.

Die demokratische Kultur ist den Nationalsozialisten ein besonderer Dorn im Auge. Volksbüchereien, Buchhandlungen und die Stadt- und Landesbibliothek werden ab April 1933 von „jüdischen“ und „antinationalen“ Titeln „gesäubert“. Am 30. Mai 1933 inszenieren die Nationalsozialisten vor großem Publikum eine zentrale Bücherverbrennung auf dem Hansaplatz. Auch anderswo in der Stadt finden Bücherverbrennungen statt. Fast ein Viertel des künstlerischen und technischen Personals der Städtischen Bühnen wird aus politischen oder rassistischen Gründen vertrieben, darunter der Intendant, die leitenden Dramaturgen und die Tanzregie. Alle sechs Dirigenten müssen gehen.

Gespaltene Kirche

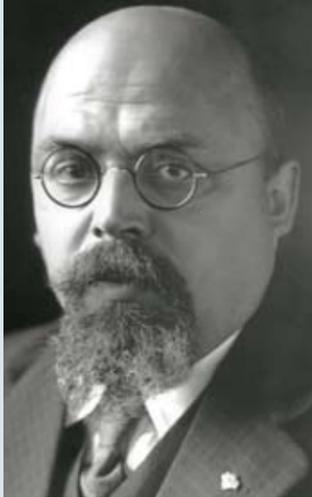
Die evangelische Kirche bleibt von den Geschehnissen ebenfalls nicht verschont. Seit 1932 ist sie tief gespalten. Die Deutschen Christen stehen zu den Nationalsozialisten, die Bekennende Kirche hingegen will eine Kirche, die politisch keine Partei ergreift.

Westfalen und Dortmund entwickeln sich schnell zu einer Hochburg der Bekennenden Kirche. Obwohl sie zu Anfang keine politische Opposition gegen den NS-Staat darstellt, wird sie dennoch von der Gestapo überwacht und verfolgt. Am 29. Januar 1938 dringen etwa 300 Anhänger der Deutschen Christen in die Reinoldikirche ein, wo ein Gottesdienst der Bekenntnisgemeinde stattfindet. Der auf der Kanzel stehende Pfarrer Reineke wird von den Deutschen Christen wüst als „Sauhund“ und „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Um eine weitere Eskalation zu verhindern, beendet Reineke den Gottesdienst der Bekenntnischristen.

Am 20. Mai 1938 wird gegen Superintendent Heuner, der zuvor schon mehrfach in der Steinwache inhaftiert war, und Pfarrer Walter Kohlmann ein Aufenthalts- und Redeverbot erlassen. Dieses wird kurz darauf auf weitere führende Mitglieder der Bekennenden Kirche ausgedehnt. Auch in den Folgejahren werden immer wieder Bekenntnischristen inhaftiert, weil sie sich kritisch gegenüber dem NS-Staat äußern.



Bücherverbrennung auf dem Platz vor dem Amtshaus in Aplerbeck



Fritz Henßler

Fritz Henßler wird 1886 in Altensteig geboren. Nach einer Lehre als Buchdrucker und Schriftsetzer zieht er 1911 nach Dortmund, wo er als Redakteur bei der sozialdemokratischen Dortmunder Arbeiterzeitung arbeitet. Seit 1905 Mitglied der SPD, wird er 1924 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, der er ab 1925 vorsteht. Von 1930 bis 1933 ist er außerdem Mitglied des Deutschen Reichstags.

1926 kommt sein Freund und Redaktionskollege Ernst Mehlich bei einem Eisenbahnunglück ums Leben. Henßler übernimmt die Vormundschaft für die sieben Mehlich-Kinder, die zudem im Vorjahr ihre Mutter verloren haben. 1927 heiratet er seine langjährige Freundin und Verlobte Elisabeth „Ella“ Richter.

Fritz Henßler engagiert sich frühzeitig gegen die NSDAP. So tritt er allein 1932 über 20 Mal als Redner bei Veranstaltungen der Eisernen Front auf, einem Zusammenschluss aus Reichsbanner, SPD, sozialistischen Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden. Nach dem Verbot der Gewerkschaften und der SPD beteiligt er sich aktiv an der Organisation des Widerstands. Während dieser Zeit arbeitet er in der Leihbücherei seiner Frau in Hombruch. Hier ist eine Anlaufstelle für Kurier der SPD-Exilgruppen und es werden Untergrundschriften und Botschaften ausgetauscht.

Bereits 1933 wird Fritz Henßler wiederholt in „Schutzhaft“ genommen. Im April 1936 verhaftet ihn die Gestapo erneut. Er erhält eine Gefängnisstrafe wegen „Verbrechens gegen das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“. Obwohl er die Strafe durch die Untersuchungshaft verbüßt hat, wird er nicht entlassen, sondern bis zum Juni 1937 gefangen gehalten. Danach kommt er ins KZ Sachsenhausen, aus dem er erst am 2. Mai 1945 befreit wird. Über seine Erlebnisse und die im KZ erlittenen körperlichen und seelischen Qualen spricht er in der Öffentlichkeit nicht; er beschränkt sich in seinen Lebensläufen auf Formulierungen wie: „Neun Jahre Haft, davon acht Jahre Konzentrationslager, übliche KZ-Behandlung.“

Nach der Rückkehr nach Dortmund wird er zum ersten Oberbürgermeister der Stadt nach 1945 gewählt. Er gehört auch dem Landtag an, wo er SPD-Fraktionsvorsitzender ist. Aufgrund eines schweren Nierenleidens, einer Spätfolge der KZ-Haft, stirbt er am 4. Dezember 1953.

Katholischer Widerstand

Aus Glaubensgründen leisten auch zahlreiche katholische Christen Widerstand, darunter auch ehemalige Mitglieder der 1933 aufgelösten Zentrumspartei. Etliche von ihnen enden in der Steinwache oder im KZ – wie der Hombrucher Vikar Wilhelm Oberhaus.

Nach zwei Haftstrafen wegen Predigtäußerungen und Ohrfeigen eines HJ-Mitglieds wird er in das KZ Dachau eingeliefert, wo er an Entkräftung stirbt.

Ein Treffpunkt der katholischen Zentrumsleute ist das Zigarrengeschäft von Paul Steup am Hansaplatz. Es ist zugleich ein Umschlagplatz für Nachrichten und illegales Schriftenmaterial wie die Reden des Bischofs von Münster Graf von Galen, die von Jesuiten der Christkönig-Kapelle in der Arndtstraße hektographiert werden.



Vikar Wilhelm Oberhaus



Paul Winzen

Politischer Widerstand

Sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten formiert sich der Widerstand. Die KPD reorganisiert sich in sogenannten Straßenzellen aus je fünf bis zehn Mitgliedern, die Widerstandsarbeit leisten. Ein System von geheimen Treffs und Anlaufstellen wird aufgebaut. Die Mitglieder nehmen Decknamen an. Sie geben auf

einfachen Vervielfältigungsapparaten Stadtteilzeitungen heraus oder verteilen aus Holland eingeschmuggelte Flugschriften, oft getarnt als unverdächtige Sport- oder Werbebroschüren.



Als Sportheft getarnte Flugschrift



Max Zimmermann (Mitte)

Bei der SPD erwächst der Widerstand häufig aus der Parteibasis. Ein Beispiel dafür ist der 1888 geborene Arbeiter Max Zimmermann, der bei Crüwell beschäftigt ist. Vor 1933 ist er Vorsitzender des Arbeitersportkartells; bei den letzten Kommunalwahlen von 1933 wird er noch zum Stadtverordneten gewählt.

Er organisiert Aktivgruppen von maximal sechs bis sieben Personen aus ehemaligen Mitgliedern der Arbeiter-Turn- und Sportvereine und der SPD. Sie nehmen ebenfalls mit Widerstandskreisen in Holland Kontakt auf. Von dort erhalten sie Propagandamaterial, das sie in der Stadt verteilen. Die Gruppe wird 1940 durch einen Spitzel an die Gestapo verraten. Max Zimmermann wird nach vierjähriger Zuchthaushaft in verschiedene Konzentrationslager verschleppt und stirbt 1945 an den Haftfolgen.

Um den ehemaligen Reichsbannerführer Josef Leinberger findet sich ein Kreis zusammen, der regelmäßig sozialistische Zeitungen und Tarnschriften liest, ausländische Rundfunknachrichten auswertet und die Resultate auf Leinbergers Vervielfältigungsgerät zu Flugblättern verarbeitet. 1936 fliegt die Gruppe auf.

Die Gruppe Widerstand setzt sich aus Mitgliedern verschiedener linker Parteien zusammen. Ihr Gründer Heinz Baumeister ist Drogist und bis 1933 Sekretär beim Reichsbanner. Treffpunkt der Gruppe ist das Café Lüchtemeyer in der Münsterstraße.

Anfangs als sozialrevolutionärer Diskussionskreis gegründet, geht man bald zur aktiven Widerstandsarbeit über. Wiederholt wird Heinz Baumeister nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in „Schutzhaft“ genommen und schließlich 1938 ins KZ Buchenwald eingeliefert, aus dem er im April 1945 befreit wird.

Der 1911 geborene Paul Winzen verlässt das Gymnasium nach der Unterprima, weil er Schriftsteller werden und politisch arbeiten will. Nach der Machtübernahme der NSDAP sammelt er um sich eine Gruppe von jungen Frauen und Männern, die dem Sowjetkommunismus ebenso skeptisch gegenüberstehen wie der praktischen Politik der Sozialdemokratie. Gemeinsam besucht man Theaterstücke, Ausstellungen und Bibliotheken, liest viel und diskutiert miteinander. Treffpunkt der Gruppe ist zwischen 1934 und 1937 Winzens Schreibwarenladen im Dortmunder Norden. Die Gruppe hört ausländische Radiosender ab, druckt und verteilt Flugblätter gegen den Nationalsozialismus. 1940 wird die Winzen-Gruppe von einem Spitzel verraten; alle Mitglieder werden verhaftet. Zwei Jahre später wird Paul Winzen im Alter von 30 Jahren im Zuchthaus Berlin-Plötzensee enthauptet. Er hinterlässt einen schmalen Band mit Aphorismen, von denen einer der bekanntesten lautet: „Die Rücksichtslosigkeit wächst nur dort, wo sie von der Duldsamkeit ernährt wird. Darum ist die eine nicht weniger schuldig als die andere.“

Zunehmender Antisemitismus

Hatte sich der Antisemitismus in den Jahren vor 1933 noch selten gezeigt, so ändert sich das jetzt schlagartig. Schon 1933 kommt es zu ersten brutalen Übergriffen auf jüdische Einwohner. Schaufenster werden eingeworfen, jüdische Geschäftsleute beraubt. Immer wieder werden

Juden in die Steinwache verschleppt und misshandelt.



Felix Wolfes

Für den 11. März 1933 ist an den Städtischen Bühnen die Premiere von Wagners Meistersingern angesetzt. Einen Tag vorher protestiert die NSDAP gegen die „Verunglimpfung der kerndeutschen Oper eines urdeutschen Komponisten“ und fordert, alle jüdischen

Künstler, die bei der Aufführung mitwirken sollen, zu entfernen – vier Solosängerinnen und -sänger und den Dirigenten Felix Wolfes.

Die Theaterleitung gibt dem Drängen der Nazis nach und setzt die Uraufführung ab. Sie findet dann am 15. März statt, zwar immer noch mit zwei jüdischen Sängern auf der Bühne (für die sich so schnell kein Ersatz gefunden hat), aber eine Sängerin, ein Sänger und Felix Wolfes haben ihren Platz abgeben müssen.

Auf Wolfes haben es die Nationalsozialisten besonders abgesehen. Der Beurlaubte erhält die Aufforderung, wieder im Theater zu erscheinen, um die Oper Tosca zu dirigieren. Aber das ist nur eine Falle der SA, die sofort nach seinem Eintreffen den Theatereingang belagert, um ihn beim Verlassen festzunehmen. Kollegen helfen Wolfes, durch einen Notausgang zu entkommen. Da er auch in seiner Wohnung nicht mehr sicher ist, versteckt er sich für einige Wochen bei einem Freund und Kollegen in Marten. Seine Rettung ist der berühmte und auch bei den Nationalsozialisten angesehene Komponist Richard Strauss. Der hat Wolfes damit beauftragt, die Klavierauszüge für seine Oper Arabella zu erstellen und ihn auch persönlich zur Uraufführung nach Dresden eingeladen. Felix Wolfes wandert später in die USA aus, wo er noch lange erfolgreich arbeitet. Nach Deutschland ist er nie wieder zurückgekehrt.

Vertreibung jüdischer Ärzte

In der letzten Märzwoche 1933 marschiert ein SA-Trupp in das Dortmunder Klinikviertel und dringt in die Städtischen Kliniken ein. Sie treiben eine Handvoll jüdischer Ärzte zusammen und verladen sie, noch in ihren Arztkitteln, auf einen offenen LKW. Sie werden quer durch die Stadt gefahren und massiv bedroht. Alle werden nach kurzer „Schutzhaft“ entlassen, aber die SA stellt ihnen weiter nach. Staatskommissar Schüler beurlaubt die Ärzte und leitet ein Entlassungsverfahren ein. Einige der Betroffenen warten das Ergebnis gar nicht erst ab, sondern flüchten. So verlieren die Kliniken mindestens acht hervorragende Mediziner, darunter auch den renommierten jüdischen Wissenschaftler und Leiter der Kinderklinik der Städtischen Krankenanstalten, Professor Dr. Stefan Engel. Im Jahr 1936 gelingt es ihm, nach England zu emigrieren.

Die Nürnberger Gesetze von 1935 deklassieren Juden zu Bürgern zweiter Klasse. Ihre Arbeitsmöglichkeiten werden auf wenige Berufszweige eingeschränkt, die Eheschließung zwischen Juden und „Ariern“ wird verboten. Ab 1937 kommt es zur „Zwangsarisierung“ der Wirtschaft.

Auch in Dortmund müssen viele jüdische Geschäftsleute ihre Betriebe aufgeben oder zu Spottpreisen an „Arier“ verkaufen.

Zerstörung der Synagoge

Im Herbst 1938 wird die Jüdische Gemeinde unter einem Vorwand gezwungen, ihre Synagoge in der Innenstadt zu „verkaufen“. Der Kaufpreis wird allerdings nie bezahlt. Am 21. September wird unter Führung des NSDAP-Kreisleiters Friedrich Hesseldieck die vergoldete Kugel von der Synagogenkuppel herabgelassen. Wenige Tage später wird mit dem Abriss begonnen. Mit der Zerstörung der Synagoge wird der Jüdischen Gemeinde Dortmunds ihr religiöser und gesellschaftlicher Mittelpunkt genommen. Gleichzeitig beginnt eine neue Welle nationalsozialistischer Verfolgungen.

Rechts:
Abriss der Synagoge in
der Innenstadt 1938



Pogromnacht und Verfolgung

In der Nacht vom 9. auf den 10. November findet im ganzen Deutschen Reich ein sorgfältig geplantes Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung statt. Jetzt werden auch die Synagogen in Hörde und Dorstfeld zerstört. Etwa 75 Prozent der jüdischen Männer werden von der Gestapo verhaftet und in die Steinwache eingeliefert. Besonders schwer sind die Ausschreitungen von SA und SS in der Stein-, Münster-, Heiligegarten- und Brückstraße sowie auf dem Osten- und Westenhellweg. Jüdische Mitbürger werden gezwungen, barfuss über die mit Glassplittern bedeckten Straßen zu laufen.

In der Folgezeit nehmen die Schikanen weiter zu. Jüdische Kinder dürfen nur noch die jüdische Schule besuchen, die Krankenhäuser weisen jüdische Patienten ab. Jüdischen Kindern und Jugendlichen wird der Besuch der städtischen Schwimmbäder verboten. Jüdische Bürger müssen Schmuck, Kunstwerke, Wertpapiere und anderes Vermögen zwangsverkaufen oder werden enteignet. Die staatlich sanktionierte Ausraubung der jüdischen Bevölkerung beginnt. Viele „Arier“ ziehen ihren Vorteil daraus.

Juden haben keinen Zutritt

Die Dortmunder Bäder gesperrt!

Wir haben schon des öfteren auf das herausfordernde Verhalten von Juden in Freibädern hingewiesen; das trifft auch auf Dortmund zu. Da sich die meisten Badegäste mit Recht gegen jüdische Unverschämtheiten zur Wehr setzen, ist man vielerorts seitens der zuständigen Stellen dazu übergegangen, städtische Badeanstalten für Juden zu sperren.

Es ist zu begrüßen, daß sich auch der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund diesem Vorgehen angeschlossen und eine Verfügung erlassen hat, in der es heißt:

Auf Grund verschiedener unliebsamer Vorkommnisse und da die überwiegende Mehrzahl unserer deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen sich durch die Anwesenheit von Juden belästigt fühlt, habe ich die Benutzung sämtlicher Frei-, Hallen- und Luftbäder für Juden gesperrt. In den Bädern werden Schilder angebracht mit der Aufschrift:

Juden haben in diesen Anlagen keinen Zutritt.
Der Oberbürgermeister.

Widerstand aus der Dortmunder Stadtverwaltung

Trotz der nationalsozialistischen „Säuberung“ gibt es unter den Mitarbeitern der Stadtverwaltung noch etliche, die sich aktiv gegen das NS-Regime stellen.

Emil Meinberg wird 1903 in Hombruch geboren und wächst in einem evangelischen Waisenhaus auf. Seit 1926 arbeitet er bei der städtischen Müllabfuhr. Im September 1933 wird er aufgefordert, der uniformierten nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) beizutreten. Gemeinsam mit vier anderen Kollegen lehnt er das ab. Daraufhin wird ihm von der Stadt gekündigt. Er ist mehrere Jahre arbeitslos und steht unter polizeilicher Meldepflicht. Mehrfach entzieht er sich den polizeilichen Nachstellungen und der Einziehung zur Wehrmacht durch Flucht.



Wilhelm Remscheid

Wilhelm Remscheid wird von der NS-Presse als „staatsfeindlicher Stadtinspektor“ bezeichnet, weil er den Stürmer von einer Anschlagtafel abgerissen hat. Er muss sich dafür in einem Strafverfahren verantworten, erhält eine Geldstrafe sowie eine Gehaltskürzung und wird versetzt. Die NS-Presse warnt: „Für solche Beamte ist im nationalsozialistischen Staat kein Platz mehr. Dieser Fall mag eine Warnung für solche Beamte sein, die glauben, im nationalsozialistischen Staat noch aus der Reihe tanzen zu können.“

Richard Erbstöber, geboren 1887, arbeitet seit 1921 als Lagerarbeiter bei den Städtischen Kliniken. Er ist seit 1912 mit der Engländerin Edith James verheiratet, mit der er die zwei Töchter Dorothea und Maud hat. Am 5. September 1939 wird Edith Erbstöber als „feindliche Ausländerin“ verhaftet. Einen Tag später wird ihr Mann ebenfalls von der Gestapo wegen „staatsfeindlicher Einstellung“ festgenommen. Beim Verhör bestätigt er seine Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und betont, er werde, sollte er eingezogen werden, auf keinen Fall auf Engländer schießen. Daraufhin wird er in das KZ Sachsenhausen eingeliefert, wo er nach kurzer Haftzeit 1940 unter ungeklärten Umständen ums Leben kommt. Seine Frau Edith wird 1943 aus dem KZ Ravensbrück entlassen.

Albert Kröling, 1900 in Dortmund geboren, ist nach wechselnden Tätigkeiten auf Hütten und Zechen seit 1919 als Kanalarbeiter bei der Stadt Dortmund angestellt. Er gehört der Arbeitervertretung des Kanalamts an. Ende April 1933 erhält er mit anderen Betriebsratsmitgliedern seine Entlassung. Kröling arbeitet für die verbotene KPD im Widerstand. Am 30. November 1933 wird er verhaftet und bei Verhören in der Steinwache so geschlagen, dass er einen Hörschaden erleidet. Am 28. Oktober 1934 wird er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 20 Monaten Gefängnis verurteilt.

Gerhard Bartzek ist Verwaltungsgehilfe bei der Stadtverwaltung und Mitglied der Proletarischen Freidenkerjugend. Wie durch ein Wunder ist er der ersten Säuberungswelle entgangen. Im Auftrag der KPD lässt er sich in den Betriebsrat einschleusen und tritt sogar der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation bei. Als „engagierter“ Betriebsrat bleibt er oft im Büro, wenn die Kollegen bereits gegangen sind. Was keiner von ihnen weiß: In dieser Zeit stellt er dort mit dem Büroinventar kommunistische Flugblätter und Zeitungen her. Allerdings geht das nicht lange gut. Am 11. Dezember 1933 wird er verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Bis 1936 sitzt er im Zuchthaus Bochum ein, anschließend in „Schutzhaft“ in den Konzentrationslagern Esterwegen, Sachsenhausen und Buchenwald. Dort tut er sich im KZ-internen Widerstand hervor. Seit 1943 gilt er als vermisst.

Otto Nöthling liefert unter dem Decknamen „Heinrich“ Berichte über die Lage in der Stadtverwaltung und in der NSBO an die Gruppe um Max Zimmermann. Dieser leitet sie an Radio Straßburg weiter, von wo sie als Sonderberichte aus Dortmund gesendet werden.

Auch in anderen Dortmunder Behörden rührt sich der Widerstand, zum Beispiel bei der Post:

Friedrich Bicker arbeitet beim Postamt in Mengede als Telegrafenerbeiter. Er gehört zu den Zeugen Jehovas, die von den Nationalsozialisten verboten worden sind. Dennoch wirbt er im Untergrund weiter für seine Überzeugung. Am 25. April 1936 wird er wegen illegaler Betätigung als Bibelforscher festgenommen, in der Steinwache misshandelt und geprügelt und anschließend zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. 1942 wird er eingezogen. Im Frühjahr 1944 weigert er sich, weiterhin Wehrdienst zu leisten. Daraufhin wird er am 28. April 1944 vom Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 19. Mai 1944 hingerichtet.



Friedrich Bicker

„Wir werden furchtbare Niederlagen erleben“

Vom Kriegsbeginn bis zur Befreiung

Am 1. September 1939 beginnt Hitler mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Es folgen sechs Jahre, in denen das NS-Regime auch die letzten Hemmungen ablegt und seinen Plan der Massenvernichtung des jüdischen Volkes in die Tat umsetzt.

Kurz nach Kriegsbeginn kommen die ersten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Dortmund an. Sie werden in der Stahlindustrie dringend gebraucht, denn die einheimischen Männer werden in immer größerer Zahl zur Wehrmacht eingezogen. Bereits im September 1943 arbeiten allein bei Hoesch 11.000 von ihnen. Die Gesamtzahl der Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen in Dortmund über alle sechs Kriegsjahre hinweg kann nur geschätzt werden. Neueren Forschungen zufolge sind es jedoch weit über 100.000 gewesen.

Die Zwangsarbeiter, insbesondere die russischen, leben unter schlechtesten Bedingungen. Sie sind untergebracht in schnell und billig, zum Teil direkt auf dem Firmengelände errichteten Baracken. Sie erhalten gerade genug Nahrungsmittel, um zu „funktionieren“. Besonders die sowjetischen Kriegsgefangenen müssen unter diesem modernen Sklavenregime leiden.

Viele Dortmunder Bürgerinnen und Bürger, konfrontiert mit diesem Elend, entschließen sich zu helfen. Sie lassen den Zwangsarbeitern heimlich Lebensmittel zukommen. Wenn sie direkt mit ihnen zu tun haben, bemühen sie sich, ihnen das Leben zu erleichtern. Diese verbotene humanitäre Hilfe wird bei Entdeckung hart bestraft. Viele Dortmunder büßen für ihr solidarisches Handeln mit Gefängnis und KZ-Haft.



Zwangsarbeiter nach der Befreiung durch die Amerikaner

Die Edelweißpiraten

Auch in Dortmund gibt es zahlreiche Jugendliche, die mit dem NS-Regime und der Hitlerjugend nichts zu tun haben wollen. Sie möchten Spaß am Leben haben, ihre Musik hören und sich frei entscheiden können, wie sie leben. Sie sind Nonkonformisten – und die leben in dieser Zeit gefährlich. Sie schließen sich in Gruppen zusammen, machen gemeinsame Ausflüge aufs Land und verachten die Hitlerjugend, mit der sie sich immer häufiger handgreifliche Auseinandersetzungen liefern.

In Dortmund gibt es mindestens sechs von diesen Gruppen. Sie nennen sich selbst Latscher und ihre Treffpunkte sind unter anderem das Café Corso am Westenhellweg, die Gaststätte Haus Nierenburg in der Nähe der Hohensyburg sowie Plätze und Eisdielen der Stadt.

Was als unpolitischer Drang nach persönlicher Freiheit beginnt, wird durch die Auseinandersetzung mit HJ und Polizei nach und nach politisiert. Die Gruppen geben sich den Namen Edelweißpiraten. Die genaue Herkunft des Namens ist ungewiss, aber zwischen 1940 und 1945 existieren auch in Köln, Düsseldorf, Duisburg und anderen Städten Jugendgruppen, die sich selbst so bezeichnen. Sie tragen als Erkennungszeichen einen Edelweißanstecker verdeckt an ihrer Kleidung.

Der Dortmunder Kurt Piehl ist einer von ihnen. Er beschreibt die Aktivitäten der Edelweißpiraten vom Brüggemannspark im Dortmunder Norden, die sich dort am Bunker Danziger Freiheit treffen:

„Erst kamen sie allein, später brachten sie ihre Mädchen und Freundinnen mit. Sie hörten auf, sich gegenseitig zu bekämpfen, auch wenn sie in verschiedenen Straßen wohnten. Sie begannen, Solidarität zu üben. Die ständigen Zusammenkünfte der jungen Leute waren anfangs alles andere als geheim. Da kein anderer Zweck vorlag, als harmlose und fröhliche Geselligkeit zu üben [...]. So war es nicht verwunderlich, dass Staatspolizei und Hitlerjugend von der Existenz der Gruppe Kenntnis erhielten. Irrigerweise wurde in diesen Institutionen jedoch angenommen, dass hier unter dem Deckmantel geselliger Zusammenkünfte Hochverrat und Aufruhr geplant wurden. [...]



Das Café Corso: Treffpunkt der Edelweißpiraten

Im Sommer 1942 begann der Terror. In der Regel wurde der Treffpunkt der jungen Leute nach Einbruch der Dunkelheit von Hitlerjugend umstellt. Wer nicht entkommen konnte, wurde erbarmungslos zusammengeschlagen. Die Mädchen wurden in unflätiger Weise beleidigt und als Huren beschimpft. Die Personalausweise der Betroffenen wurden eingezogen und mussten am nächsten Tag bei der Polizei oder einer HJ-Dienststelle abgeholt werden. Meistens kam es dabei zu erneuten Misshandlungen.“

Kurt Piehl fährt fort:

„[...] Verständlicherweise bereiteten diese Terroraktionen im Anfang Schrecken und Ratlosigkeit. Es dauerte geraume Zeit, bis die Jungen sich auf ihre eigene Kraft besannen und zu Gegenmaßnahmen übergingen. Zuerst gab es nur spontane Prügeleien mit der Hitlerjugend. Später wurde der Widerstand planmäßiger. Immer häufiger traten die Jungen als Angreifer auf und drängten ihre Feinde in die Verteidigung. Da wurden Polizisten provoziert, und mehr als ein Streifenbeamter lernte dabei auch die andere Seite des Verprügelns kennen.“

Ab 1943 schlägt der NS-Staat zu. Viele Edelweißpiraten erhalten Gefängnisstrafen oder kommen in Jugend-KZs; einige bezahlen ihren Nonkonformismus mit dem Leben.

Kontakt zum 20. Juli

An einem sonnigen Tag des Kriegsjahres 1943 herrscht im Rombergpark eine ausgesprochene Aktivität. Überall wandern kleine Gruppen von Männern herum, die so gar nicht aussehen, als machten sie hier einen Erholungsspaziergang.

Wenn die Gruppen sich begegnen, halten sie kurz an, um ein paar Worte zu wechseln, gehen vielleicht ein Stück miteinander, um sich dann wieder zu trennen.

Was so gezielt harmlos aussieht, ist ein Treffen der Widerständler um das Ehepaar Wilhelm und Elisabeth Gersdorff. Es handelt sich um ein Dutzend ehemaliger Lehrer und Schulräte, die an diesem Tag über den Inhalt neuer Schulbücher und neuer Lehrpläne für die Zeit nach dem Ende des Nationalsozialismus beraten.



Elisabeth und Wilhelm Gersdorff

Die Gruppe, die sich häufig im Haus der Gersdorffs in Brüninghausen trifft, stammt mehrheitlich aus den Reihen der verbotenen Deutschen Friedensgesellschaft. Trotz der Überwachung durch die Gestapo gelingt es den Gersdorffs, ihre Tätigkeit geheim zu halten. Ihr Haus ist Treffpunkt, Informationsbörse, Kurieranlaufstelle und Zuflucht für Verfolgte. Sie verbergen jüdische Bürger und verhelfen ihnen zur Flucht ins Ausland. Die Gruppe unterhält Verbindungen bis nach London sowie zu den Verschwörern des 20. Juli 1944. Wie durch ein Wunder bleiben die meisten Mitglieder der Gruppe bis zum Kriegsende unentdeckt.



Jeanette Wolf

Jeanette Wolf wird 1888 in Bocholt geboren. Sie ist dort als Stadträtin, in der Arbeiterwohlfahrt und im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens aktiv und engagiert sich früh im Kampf gegen die NSDAP. Deshalb wird sie am 5. März 1933 in „Schutzhaft“ genommen. Nach zwei Jahren im Gefängnis zieht sie zusammen mit ihrer Familie nach Dortmund. In ihrer Wohnung in der Münsterstraße richtet sie einen Mittags- und Abendbrotisch für Juden ein, weil diese zu den meisten Lokalen der Stadt keinen Zutritt mehr haben.

In der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 dringen bewaffnete SA-Trupps in ihr Haus ein, zertrümmern die gesamte Wohnungseinrichtung der dort lebenden jüdischen Familien und misshandeln die Bewohner. Jeanette Wolf erinnert sich: „Nachdem man noch die Polstermöbel und die Leder-Klubgarnitur zerschnitten hatte, wollte man die fast achtzigjährige Mutter meines Mannes, die sich den Horden entgegenstellte, aus dem 3. Stock auf die Straße werfen.“ Nur die Intervention eines mit ihr bekannten SS-Mannes rettet ihrer Schwiegermutter das Leben.

Ihr Mann wird am folgenden Tag verhaftet und ins KZ Sachsenhausen gebracht. 1939 werden auch die Töchter erstmals inhaftiert, als sie versuchen, nach Holland zu fliehen. Ihre Tochter Käthe wird kurz darauf erneut festgenommen, weil sie unerlaubt ein Kino besucht hat. Sie muss ein Geständnis als Landesverräterin unterschreiben und wird ins KZ Ravensbrück transportiert, von wo sie nicht mehr zurückkommt.

Jeanette Wolf und ihre Familie werden im Januar 1942 mit dem ersten großen Dortmunder Judentransport ins Ghetto nach Riga gebracht. Sie lässt sich von den entsetzlichen Verhältnissen dort nicht unterkriegen, nimmt sogar noch die kleine Rahild Traub aus Dortmund, deren Eltern umgekommen sind, bei sich auf. Am 10. November 1943 erhält sie die Aufforderung, das Kind abzuliefern. „Ich selbst musste das aufgeweckte Kind zum Blechplatz bringen. Es war im Oktober gerade drei Jahre alt geworden. Mit seinem Täschchen in der Hand ging es totenbleich neben mir her und sagte immer: „Mutti, du gehst doch mit?“ Die Kinder, Alte und Kranke wurden in Güterwagen verladen und, wie die Angehörigen später erfuhren, so lange darin herumgefahren, bis alle Insassen erfroren waren.“

Nach der Auflösung des Ghettos setzt für Jeanette Wolf ein Leidensweg durch etliche KZs und Lager ein, bis sie schließlich von russischen Truppen befreit wird. Ihr Mann und auch ihre älteste Tochter Juliane überleben die NS-Zeit nicht.

„Effektive“ Todesurteile

Um Regimegegner schneller aburteilen zu können, wird in Dortmund, wie in anderen Städten auch, im Mai 1933 ein Sondergericht eingerichtet. Unter Leitung des im Schwanenwall-Prozess bereits unruhlich hervorgetretenen Landgerichtsdirektors Ernst Eckhardt verurteilt es bis 1945 mehrere Tausend Menschen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen und spricht mindestens 181 Todesurteile aus. Diese „Effektivität“ bewegt den Präsidenten des Oberlandesgerichts sowie den Generalstaatsanwalt in Hamm, Dortmund 1942 als verkehrsgünstig gelegene Hinrichtungsstätte vorzuschlagen: „Der Anfall an Todesurteilen ist im hiesigen Bezirk [...] recht hoch und ist im Steigen. Seit Kriegsbeginn sind im Bezirk etwa 110 Todesurteile zur Vollstreckung gelangt. Von diesen Todesurteilen fallen die Hälfte auf das Sondergericht Dortmund.“

Richter Eckhardt allein ist für mindestens 61 Todesurteile verantwortlich. Ein besonders krasses Beispiel ist der Fall Ilse Mitze. Das 19-jährige Mädchen aus Hagen hat 1944 bei Aufräumarbeiten nach einem Luftangriff einige Schlüpfer, Hemden und Strümpfe ihrer Arbeitgeberin gestohlen. Dafür wird sie von Richter Eckhardt und seinen Beisitzern zum Tode verurteilt. Obwohl sogar Gestapo und SD für Ilse Mitze intervenieren, lässt die Justiz das Urteil erbarmungslos vollstrecken. Ilse Mitze wird am 12. Mai 1944 im Dortmunder Untersuchungsgefängnis mit dem Fallbeil enthauptet.

Deportation von Dortmunder Juden



Exhumierung der Ermordeten im Rombergpark, 1945

KZ-Transporte und Erschießungen

Zwischen 1942 und 1944 kommt es zu sechs größeren Judentransporten in Ghettos oder Konzentrationslager in Osteuropa. Am 27. Januar 1942 verlässt der erste Transport den Dortmunder Hauptbahnhof. Das Ziel ist Riga. Etwa 1.000 Personen aus der Stadt und Umgebung sind schon Tage vorher im Saal der Gaststätte Zur Börse zusammengepfertcht worden. Nur wenige von ihnen haben die NS-Zeit überlebt. Am 27. April wiederholt sich die Prozedur. Diesmal heißt das Ziel Zamość bei Lublin. Von den 1.000 Insassen dieses Transports hat keiner überlebt.

Nach einem Transport ins KZ Theresienstadt am 29. Juli 1942 werden Ende März 1943 etwa 1.000 „Volljuden“ aus dem Regierungsbezirk Arnberg im Saal der Gaststätte Gerold in Dortmund-Brackel zusammengezogen. Das Ziel: Auschwitz. Der letzte größere Transport verlässt Dortmund am 29. September 1944. Von einer Schule an der Luisenstraße aus geht es in die Arbeitslager Weißenfels bzw. Kassel-Bettenhausen.

Mindestens 2.200 Dortmunder Juden kommen in den Ghettos und Konzentrationslagern um. Viele weitere sterben nach 1945 an den Folgen des Lageraufenthalts. Auch über 150 Dortmunder Sinti werden in die Vernichtungslager deportiert, aus denen die meisten nicht mehr zurückkommen.

Gegen Ende des Krieges nimmt die Widerstandstätigkeit in Dortmund so an Umfang zu, dass die örtliche Gestapo-Dienststelle vom Reichssicherheitshauptamt gerügt wird: „Auch das Referat Linksbe-

wegung ist seiner Aufgabe nicht gewachsen; unter seiner Nase hat sich eine Widerstandsgruppe gebildet, die Parolen gegen Hitler an die Wände malt, ausländische Sender abhört, Flüsterpropaganda betreibt und den größten Teil der unzufriedenen Bevölkerung hinter sich hat.“



„Hitler verrecke in einer Ecke“; Einritzung in der Wand einer Umkleidekabine des Südbads

Daraufhin werden Verfolgung und Unterdrückung noch einmal intensiviert. Spitzel werden in Widerstandsgruppen eingeschleust und Anfang 1945 gibt es eine Reihe von Verhaftungswellen. Die Inhaftierten werden in die Steinwache gebracht und dort brutal misshandelt. Ab Anfang März kommt es zu regelmäßigen Erschießungen im Rombergpark und in der Bittermark.

300 Männer und Frauen werden hier ermordet, deutsche und ausländische Widerstandskämpfer ebenso wie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Die letzte Mordtat ereignet sich am 12. April, einen Tag vor dem Einmarsch der Amerikaner.



Wilhelm Weihler

Wilhelm Weihler wird 1897 als Wilhelm Kanigowski geboren. Er arbeitet bei der Kriminalpolizei und wird durch die Umorganisation seiner Dienststelle am 1. April 1934 zum Gestapo-Beamten. Im Februar 1941 ändert er seinen Nachnamen in Weihler. Gestapo-Chef Reinhard Heydrich hatte einen Erlass herausgegeben, nach dem alle Mitarbeiter mit polnisch oder tschechisch klingenden Namen diese in deutsche Namen zu ändern haben.

Weihler gehört zum Referat Fremdarbeiter, weil er Polnisch, Russisch und auch Französisch spricht. Er ist für die Delikte Flucht und Schwarzhandel verantwortlich und arbeitet häufig als Dolmetscher. In dieser Position erfährt er von den angelauten Sonderbehandlungen der Juden, was ihn sehr belastet.

Zu jener Zeit nimmt er Verbindung mit dem Dortmunder Widerstand auf. Die Kontakte laufen über einen kommunistischen Funktionär. Der ruft Weihler zu Hause an; danach treffen sich die beiden auf der Straße und Weihler gibt Informationen weiter. Es gelingt ihm auch, 22 Blankopässe für Polen und Italiener für den Widerstand zu beschaffen. Im Februar 1945 rollt die Gestapo die Dortmunder Widerstandsgruppe auf. Unter der Folter wird auch Weihlers Name genannt, der daraufhin sofort in seinem Dienstzimmer festgenommen wird. Seine Frau und seine Tochter dürfen ihn noch einmal sehen; danach gilt er offiziell als verschollen. In der Nacht zum ersten Ostertag wird er aus seiner Zelle in der Steinwache geholt, mit anderen Gefangenen zum Rombergpark gefahren und dort erschossen. Als „Belohnung“ erhalten die Mörder eine Flasche Schnaps und Zigaretten.

Bombenkrieg

Dortmund ist ein bevorzugtes Ziel für Luftangriffe, stellt es mit seiner Industrie doch eine der Rüstungsschmieden des Dritten Reiches dar. Im Mai 1940 erfolgt der erste Angriff auf die Stadt. Zwei Bomber sind auf das Treibstoffwerk der Hoesch-Benzin GmbH in Dortmund-Eving angesetzt. Drei Bomben werden im Dortmunder Stadtgebiet abgeworfen. Sie fallen auf ein Waldstück bei Dortmund-Lanstrop und richten nur Flurschaden an.

Schon bald verschärfen sich allerdings die Angriffe. Insgesamt sollen bis 1945 im Bombenhagel fast 6.000 Dortmunder sowie eine unbekannte Zahl an Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sterben.

Auf Dortmund werden 105 Hauptangriffe geflogen, davon mehr als 21 Großangriffe. Insgesamt werfen die Engländer 22.242 Tonnen Bomben auf die Stadt. Der Stadtkern wird zu 95 Prozent zerstört, dazu Häuser, Betriebe, Schulen, Straßen, Schienen und Leitungsnetze in fast allen Stadtteilen.

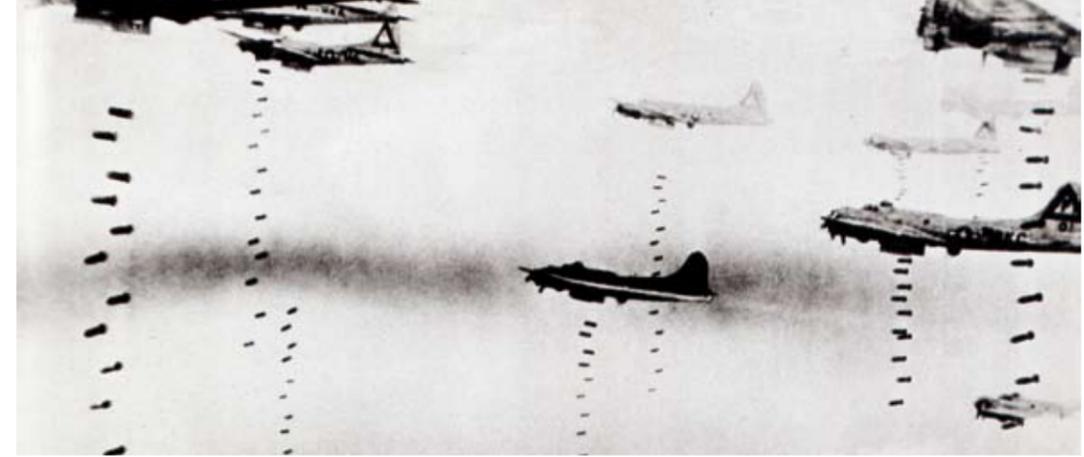
Auch in der Endphase des Luftkriegs versuchen die Dortmunder noch, ein Mindestmaß an Normalität im Alltag zu wahren. Fußballvereine tragen ihre Meisterschaftsspiele aus, Pimpfe werden für das Laienspiel geworben, der Sauerländische Gebirgsverein wandert noch – und das alles in einem Trümmerfeld, aus dem Mütter und Kinder längst evakuiert worden sind. Kurt Bischof schreibt am 19. Januar 1945 in sein Kriegstagebuch: „Ein täglich neues Wunder. Die Zeitungen erscheinen noch. Man liest, dass die HJ-Skimeisterschaften in Winterberg verschoben werden müssen ... Im UFA im Goldsaal läuft der Farbfilm Frau meiner Träume. Marika Röck singt Schau nicht hin, Schau nicht her, Schau nur gradeaus, und was dann auch kommt, mach Dir nichts daraus ...“

Kriegsweihnachten 1941

„Militärisch unbezungen und wirtschaftlich unangreifbar steht Deutschland nach großartigen Siegen“ da, meldet die Weihnachtsausgabe 1941 der Westfälischen Landeszeitung Rote Erde der NSDAP. Der 17-jährige Dortmunder Wolfgang Krämer lässt sich von solchen Parolen nicht täuschen. In seinem Tagebuch notiert er am 24. Dezember: „Es ist mir so gar nicht nach Weihnachten zumute ... Ich bedaure jeden gezogenen Soldaten, der an der Front seine Jugend und vielleicht auch sein Leben lassen muss ... Bloß muss ich immer an die Jungen denken, die genauso denken wie ich und ihr Leben lassen müssen, für einen blödsinnigen, eroberungssüchtigen Herrscher.“

Das Regime bemüht sich, gerade zu Weihnachten den Eindruck der Normalität aufrecht zu erhalten. Es gibt festliche Theateraufführungen, zahlreiche Kinovorstellungen sowie jede Menge Varieté- und Unterhaltungsprogramme. Aber die Zeitungen enthalten auch den Hinweis: „Wir verdunkeln von 17,19 bis 9,41 Uhr.“ Wolfgang Krämer erkennt die Zeichen und notiert am 30. Dezember 1941: „Dieses neue Jahr wird uns weder Frieden noch Sieg bringen, sondern wir werden furchtbare Niederlagen und Luftangriffe vonseiten der Feinde erleben ... Heute hat die Firma Bescheid bekommen, dass sie 40 junge Leute zu stellen hätte ... Ich bin glücklicherweise noch nicht dabei ... Ich will von jetzt ab nur leben ...“

Wolfgang Krämer wird am 15. Oktober 1942 zum Militär eingezogen und stirbt genau ein Jahr später an der Russlandfront im Alter von 19 Jahren.



Die 8. US-Bomberflotte über Dortmund

Am 12. März 1945 kommt es zu einem der schwersten Großangriffe: „Gegen 16 Uhr heulen die Sirenen. In England starten 1 107 Halifax- und Lancaster-Maschinen, von denen 1 069 ihr Ziel erreichen. Nach englischen Angaben werfen sie von 16,24 bis 17,07 Uhr 4.851 Tonnen Bomben sämtlicher Kaliber mit dem Hauptziel Stadtmitte ab. Sie zerstören eine Ruinenstadt noch einmal. Die Hochbunker Malinckrodt-, Blücher- und Treibstraße wanken. In den Bunkern setzte eine große Sterblichkeit ein. Besonders viele alte Leute starben. Dortmund hatte keine Lebensmittelversorgung mehr, keine Licht- und Wasserversorgung.“

Dr. Hermann Ostrop erlebt den Angriff im sogenannten Befehlsbunker bei der Marie-Reinders-Schule in der Landgrafenstraße. „Das Inferno dauerte eine volle Stunde, mit Unterbrechungen von nur wenigen Minuten zwischen den einzelnen Wellen. Selbst der Bunker vibrierte dauernd unter den schweren und schwersten Einschlägen in nächster Nähe, von denen auch mehrere [...] die Bunkerdecke traf. [...] In unserem Raum war ein solcher Staub, dass man sich gegenseitig kaum sehen konnte. [...] Die Stunde wurde endlos lang, und als der Angriff endlich zu Ende war, stürmte ich heraus, um mich klopfenden Herzens nach meinem Haus und den Bekannten umzusehen. Draußen ein erschütterndes Bild der Verwüstung: Nur Trümmer, Rauch, Staub, Qualm und Flammen. Mit dem ersten Blick übersah man, dass jetzt auch der Süden Dortmunds nur noch eine Ruinenstadt eine Steinwüste darstellte.“

Es soll noch lange, qualvolle Wochen dauern, bis der Krieg für Dortmund zu Ende ist.

Fürsorgerinnen leisten Widerstand

Bei der Stadtverwaltung arbeiten die fünf Fürsorgerinnen Dorothea Bredenkamp, Maria Droste, Annemarie Keweloh, Therese Rumpen und Elisabeth Scholten. Sie sind tief religiös und stehen dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber. Über ihre kirchlichen Verbindungen erhalten sie Mitschriften von Predigten, die der Münsteraner Bischof Clemens Graf von Galen 1941 gehalten hat und in denen er den Nationalsozialismus scharf angreift.

Die Frauen sehen es als ihre Christenpflicht an, diese Dokumente weiterzuverbreiten. In ihrer Dienststelle tippen sie die Predigten immer wieder auf der Schreibmaschine ab und versenden sie per Post an Adressen in ganz Deutschland. Einer der Empfänger, ein Geistlicher, steht unter Überwachung durch die Gestapo. Sie fängt den Brief ab und kommt so auf die Spur von Dorothea Bredenkamp. Als Folge werden vier der Frauen festgenommen und entlassen; lediglich Annemarie Keweloh bleibt unentdeckt.



Werner Krumme

Der in Dortmund geborene kaufmännische Angestellte Werner Krumme heiratet 1933 im Alter von 24 Jahren seine jüdische Frau Ruth. Trotz beruflicher und gesellschaftlicher Nachteile weigert er sich, in eine Scheidung einzuwilligen. Bei Kriegsbeginn eingezogen, wird er nach einem Jahr als „wehrunwürdig“ entlassen. In Breslau unterstützt er eine französische Widerstandsgruppe, die sich aus Zwangsarbeitern gebildet hat. 1942 wird er bei dem Versuch, ein jüdisches Geschwisterpaar nach Frankreich zu bringen, festgenommen und kommt in Haft.

Am 1. Februar 1943 bringt man ihn ins KZ Auschwitz. Seine Frau, ebenfalls inhaftiert und nach Auschwitz deportiert, wird dort am 25. Februar 1943 ermordet. Krumme wird in der Schreibstube des Häftlingsarbeitsdienstes beschäftigt und nutzt diese Tätigkeit, um jüdischen Häftlingen zu helfen. So rettet er 70 griechischen Juden, die zur Vergasung vorgesehen sind, das Leben, indem er sie vorübergehend im Krankenbau unterbringt. Die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem erkennt ihm 1964 den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ zu.

„Erstaunlich, wie viele Menschen noch in der Stadt lebten“

Von der Befreiung bis zur Wiedereröffnung der Westfalahalle

Es ist Freitag, der 13. April 1945, als die amerikanischen Truppen aus dem Raum Dorstfeld-Großbarop in die Dortmunder Innenstadt einmarschieren. Der Dortmunder Schriftsteller und Fotograf Erich Grisar schreibt dazu: „Es war erstaunlich, wie viele Menschen noch in der Stadt lebten, die tot erschienen war. Aus allen Straßen sah man sie, in den Gärten und Höfen regten sie sich. Da es Frühling war, kamen die jungen Mädchen mit ihren neuen Kleidern heraus. Diesmal war die Mode rot. Und wo die Fahne zu einem Kleid nicht reichte, wurde doch wenigstens eine Schürze daraus geschneidert, die das Ihre dazu beitrug, das Grau der zerstörten Stadt aufzuheitern.“

Die kommunalpolitische Arbeit beginnt wieder

Am 14. April 1945 übernimmt die englische Militärregierung die Verwaltung der Stadt und ernennt den Zentrumspolitiker Dr. Hermann Ostrop zum kommissarischen Oberbürgermeister der Stadt. Schon am 27. April 1945 tagt ein von der britischen Militärregierung legitimer parlamentarischer Überleitungsausschuss für Dortmund, der aus je drei Vertretern der KPD, der SPD und des Zentrums besteht. Am 6. August werden die politischen Parteien wieder zugelassen.

Aus ihnen wird nach den Stimmen der letzten demokratischen Kommunalwahl 1929 eine Stadtvertretung gebildet, die sich wie folgt zusammensetzt: SPD (16), CDU (12), KPD (12), FDP (7). Außerdem werden diesem Gremium noch 14 Vertreter verschiedener Berufsstände zugeordnet.

Das Stadthaus hat zu jener Zeit weder Fenster noch Türen; es gibt kein Wasser und kein Licht. Aus Platzmangel sind viele Dienststellen anderswo in der Stadt untergebracht. Die Alliierten wollen die Stadtverwaltung möglichst schnell von Parteigängern der NSDAP befreien. Bis Ende des ersten Nachkriegsjahres werden 575 Mitarbeiter deshalb aus dem Dienst entfernt.

Zeitungen erscheinen in den ersten Nachkriegsmonaten nicht, der Rundfunk strahlt keine Programme aus. Die Schulen sind geschlossen, Kontakte nach außerhalb sind wegen der zerstörten Post- und Fernmeldesysteme nur schwer möglich. Museen, Bibliotheken und Theater liegen in Trümmern. Im Oktober 1946 finden die ersten demokratischen Kommunalwahlen nach dem Krieg statt. Die SPD wird stärkste Fraktion und stellt mit Fritz Henßler den Oberbürgermeister. Oberstadtdirektor wird Wilhelm Hansmann.



Die US-Armee marschiert in Dortmund ein



Ratssitzung im Saal des Verwaltungsgebäudes der ehemaligen Vereinigten Stahlwerke, April 1949



Parteikundgebung der SPD auf dem Hansaplatz im September 1952, am Rednerpult Oberbürgermeister Fritz Henßler

Wohnungsnot und Trümmerfelder

Um der Wohnungsnot überhaupt Herr zu werden, werden größere Wohnungen umgebaut. Große Räume werden geteilt und von zwei Familien bewohnt. Dachgeschosse, Abstellräume, Keller – alles wird in provisorischen Wohnraum verwandelt, damit die Menschen überhaupt ein Dach über dem Kopf haben. Das bringt auch seine Probleme mit sich. Das enge Zusammenleben, die gemeinsame Benutzung von Küche, Bad und Toiletten führen zu Spannungen und Auseinandersetzungen. Insbesondere in den Wintermonaten müssen die Mieter oft in einem einzigen beheizten Raum zusammenrücken.

Neben der Wohnungsnot ist die Organisation der Aufräumarbeiten ein großes Problem. Gewaltige Trümmermassen versperren nahezu alle Straßen.

Sie wachsen weiter durch den Hausmüll, der nicht abgefahren werden kann. Und mit den Resten kommen die Ratten. Anfang Juni 1945 ruft der Oberbürgermeister die Bevölkerung zur freiwilligen Hilfe auf. Männer sollen dafür im Sommer 48 Stunden ableisten, ehemalige NSDAP-Mitglieder das Doppelte. Weil die Reaktion auf diesen Appell unbefriedigend ist, wird das Räumen im September 1945 zur Pflicht erklärt. Jeder Mann muss nun 100 Stunden Trümmer räumen, was durch Stempel auf einer Kontrollkarte bestätigt wird. Aber viele haben genug damit zu tun, ihre Familie am Leben zu erhalten und entziehen sich den Maßnahmen.



Trümmerfrauen bei der Aufräumarbeit

Etwa 11 Millionen Kubikmeter Trümmer liegen in Dortmund. Weil die Arbeit der Männer nicht genügt, greifen auch die Frauen mit zu. Die sogenannten „Trümmerfrauen“ räumen mit ihren bloßen Händen den Schutt weg, oft unter gefährlichen Umständen.

Kohlenklau und Schwarzer Markt

Es fehlen nicht nur Lebensmittel, sondern auch Kohlen. Vor allem Kinder und Jugendliche sind damit beschäftigt, Kohlen von Güterzügen zu beschaffen. Die Erwachsenen drängen in die vollbesetzten Züge ins Münsterland und an den Niederrhein, um auf dem Land ihre verbliebenen Wertgegenstände gegen Kartoffeln, Eier, Gemüse und Speck einzutauschen oder die Felder nach Ernteresten abzugrasen. Solche „Hamsterfahrten“ stehen ebenso unter Strafe wie der Schwarzmarkthandel, der in diesen Monaten floriert. Anfänglich am Körner Platz, hat er sich an die Heiligegartenstraße und ans Turmcafé gegenüber der Westfalahalle verlagert. Hier trifft man auf Gestalten wie Rasierklingen-Willi und Zigaretten-Otto, die für ein Pfund Butter bis zu 180 Reichsmark verlangen.

Am 23. April 1947 erklärt das Versorgungsamt: „Die Bevölkerung ist mutlos. Die Verwaltung ist außerstande, den bestehenden Unwillen einzudämmen.“ Die Wochenarbeitszeit muss von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt werden, weil die Arbeiter zu geschwächt sind und zudem auf Nahrungsmittelsuche gehen müssen. Statt der vorgesehenen 1.559 Kalorien erhalten die Dortmunder nur je 865 Kalorien zugeteilt. Es kommt zu Hungerdemonstrationen.

Am Schlimmsten ist die Situation für die Kinder. Viele von ihnen haben einen oder beide Elternteile verloren. Oft fehlt es ihnen am Notwendigsten: Sie haben keine Schuhe, keine Wäsche, keine Winterkleidung. Im Winter 1946/47 wird zudem die Milch knapp. Viele können nur überleben dank der Care-Pakete, die aus den USA kommen und mit Lebensmitteln gefüllt sind.

Neugründung der Jüdischen Gemeinde

Ende Juli 1945 kehren etwa 40 bis 50 Dortmunder Juden in ihre Heimatstadt zurück. Es sind vor allem Überlebende aus dem KZ Theresienstadt. Die Militärverwaltung der Stadt hat sie mit einem Bus abholen lassen. Siegfried Heimberg, nach 1945 sogleich in den Vorstand des Zentralkomitees der befreiten Juden berufen, bemüht sich um den Wiederaufbau der Jüdischen Kultusgemeinde Dortmund.

Anfang August wird die Jüdische Gemeinde Dortmund neu gegründet. Im Oktober 1945 wird in der Thomasstraße ein erstes Gemeindebüro eröffnet; im Dezember der erste Gottesdienst in einer Privatwohnung abgehalten. Ein erstes Gemeindehaus wird im Dezember 1946 auf einem Trümmergrundstück am Schwanenwall 29 eingeweiht. 1956 wird das neue Gemeindezentrum der Jüdischen Kultusgemeinde in der Prinz-Friedrich-Karl-Straße eröffnet.

Am 29. Januar 1951 findet in Dortmund die letzte Demontageaktion der britischen Besatzungsmacht statt. Eine 10.000 Tonnen-Schmiedepresse geht vom Dortmund-Hörder-Hüttenverein auf den Transport nach England. Nachträglich erweist sich die Demontage vieler Anlagen als Glücksfall: Sie erzwingt eine Modernisierung der Produktion. Die weltweit steigende Nachfrage nach Stahl- und Eisenprodukten führt dazu, dass Dortmund bereits 1951 wieder die größte Industriestadt Nordrhein-Westfalens ist. Hier gibt es die meisten Industriearbeiter und die wenigsten Arbeitslosen Deutschlands.



Dr. Hermann Ostrop

Dr. Hermann Ostrop, 1888 geboren und studierter Jurist, amtiert von 1925 bis 1933 als hauptberuflicher Beigeordneter der Stadt Dortmund. Als führendes Mitglied der Zentrumsparterie ist er vielen Nationalsozialisten suspekt, da er ein überzeugter Demokrat ist. Am 6. April 1933 tritt er, ebenso wie Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, auf Druck der NSDAP von seinem Amt zurück.

Nach dem Einmarsch der US-Truppen in Dortmund wird er von den Besatzungsmächten zum kommissarischen Oberbürgermeister von Dortmund ernannt, ein Amt, das er ein Jahr innehat. Im September 1945 ist er Mitbegründer des Dortmunder Kreisverbandes der CDU.

Keller „Wohnung“ im Jahr 1950





Eröffnungsspiel:
Eishockeymeister Preußen Münster gegen die Grasshoppers Zürich

Mit Beginn des neuen Jahrzehnts entsteht ein Symbol für den erfolgreichen Wiederaufbau Dortmunds: Im Mai 1950 fasst der Rat den Beschluss, die im Krieg völlig zerstörte Westfalenhalle wieder aufzubauen. Am 2. und 3. Februar 1952 wird die neue Westfalenhalle feierlich eröffnet. Festredner sind vor 5.000 Besuchern Bundespräsident Prof. Theodor Heuss, Oberbürgermeister Fritz Henßler und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Karl Arnold. Auf dem Programm steht ein Eiskunst-Schaulaufen der aus Dortmund stammenden Welt- und Europameister Ria Falk-Barnau und Paul Falk. Außerdem spielt der deutsche Eishockeymeister Preußen Münster gegen die Grasshoppers Zürich.

Die Dortmunderinnen und Dortmunder fassen neuen Mut, die wiedererstandene Halle stärkt das Selbstwertgefühl der Stadt. In der Dortmunder Tagespresse heißt es: „Die neue Halle wird als Schauplatz künftiger Demonstration des sportlichen, kulturellen, politischen, wirtschaftlichen und geselligen Lebens ein magnetisches Zentrum für Millionen Besucher aus dem In- und Ausland sein.“



Wilhelm Hansmann

Wilhelm Hansmann, geboren 1886 in Eichlinghofen, kommt nach dem Ersten Weltkrieg als Arbeiter- und Soldatenrat zur Regierung nach Arnsberg. Im Frühjahr 1919 wird er Landrat im Kreis Hörde, später im Ennepe-Ruhr-Kreis. Außerdem ist der Sozialdemokrat Mitglied des preußischen Landtags. Er gehört zu den entschiedensten Gegnern der Nationalsozialisten.

Am 24. Februar 1934 verhängt Dortmunds Polizeipräsident Schepmann ein Redeverbot gegen Wilhelm Hansmann. Drei Wochen später sitzt der SS-Führer Herbert Hoyer mit einigen Kumpanen im Lokal Hellweger Hof. Durch Zufall erfahren sie, dass sich Hansmann gerade in seiner Wohnung in Eichlinghofen aufhält. Der Trupp bricht umgehend dorthin auf und verschleppt Hansmann zu einer SS-Unterkunft in Körne. Hier wird er mehrmals besinnungslos geprügelt. Schließlich wirft man den Schwerverletzten in Aplerbeck auf die Bahngleise.

Als Hansmann aus der Besinnungslosigkeit erwacht, kann er sich zum Bahnhof Brackel schleppen, wo ihm der Schalterbeamte hilft, nach Hause zu gelangen. Kurz darauf verlässt Wilhelm Hansmann Dortmund. Er überlebt die NS-Zeit als Emigrant im Saarland, in Frankreich und der Schweiz und kehrt erst nach Kriegsende nach Dortmund zurück, wo er das Amt des Oberstadtdirektors übernimmt. 1956 wird er der erste Ehrenbürger der Stadt in der Nachkriegszeit.



Impressum

Herausgeber:
Stadt Dortmund/Dortmund-Agentur
in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Dortmund

Redaktion:
Oliver Berten (verantwortlich), Dr. Günther Högl, Gaye Suse Kromer

Text:
Gerd Ruebenstrunk

Gestaltung:
Jutta Marquardt

Fotos:
Stadt Dortmund/Stadtarchiv
Westfalenhallen Dortmund
Lutz Kampert

Titelfoto:
Bücherverbrennung auf dem Platz vor dem Amtshaus in Aplerbeck

Hauptsächlich benutzte Quellen:
Högl, Günther (Hrsg.): Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945.
Katalog zur ständigen Ausstellung des Stadtarchivs Dortmund in der
Mahn- und Gedenkstätte Steinwache, Dortmund 2002.
Klotzbach, Kurt: Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung
in Dortmund 1930–1945, Hannover 1969.

Herstellung:
Stadt Dortmund/Dortmund-Agentur, 3/2008

Schutzgebühr 1,00 Euro

